

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Stephan Bothe (AfD)

Armutszuwanderung durch Scheinselbständigkeit - Zahlen für Niedersachsen

Anfrage des Abgeordneten Stephan Bothe (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 25.09.2019

In der Ausgabe der *Bild* vom 10. Juli 2019 wurde von einer Gruppenvergewaltigung einer 18-jährigen Frau in Mülheim an der Ruhr (NRW) durch fünf Jungen, die bulgarischer Herkunft und im Alter zwischen 12 und 14 Jahren sind, berichtet.

Im gleichen Bericht äußert das ehemalige Mitglied des EU-Parlamentes Elmar Brok (CDU), dass die EU in ihrer Freizügigkeitsrichtlinie 2004 festgelegt hat, dass nur Selbständige und Arbeitnehmer ein Recht haben, sich in Deutschland mit ihrer Familie anzusiedeln. Der Nachweis einer Arbeitsstelle sei Bedingung für den Zuzug, so sähe es die Rechtslage vor. Weiter führt Herr Brok aus, dass sich Zuwanderer jedoch bisweilen mithilfe eines Gewerbescheins, den die Kommunen nach Herrn Broks Ansicht seit Jahren viel zu leichtfertig vergeben, Aufenthaltstitel und Sozialhilfe erschlichen.¹ Des Weiteren wurde in der Ausgabe der *Welt* vom 27. August 2014 prognostiziert, dass mit Einführung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit bis zu 130 000 Bulgaren und Rumänen einwandern könnten. Im gleichen Artikel wies der damalige Bundesinnenminister Thomas De Maizière darauf hin, dass ihm Fälle bekannt seien, wo perfekt ausgefüllte Gewerbeanträge von Antragstellern abgegeben würden, die kein Wort Deutsch sprächen und auf Nachfrage auch nicht sagen könnten, welches Gewerbe sie eigentlich ausüben wollten.²

1. An wie viele Zuwanderer aus dem EU-Ausland wurden seit dem 1. Januar 2014 durch die Kommunen in Niedersachsen Gewerbescheine ausgegeben? Bitte einzeln nach Jahr und Herkunftsland aufschlüsseln.
2. In welcher Höhe wurden von dem in Frage 1. benannten Personenkreis seit dem 1. Januar 2014 Gewerbesteuern entrichtet? Bitte einzeln nach Jahr und Herkunftsland der Gewerbesteuerpflichtigen aufschlüsseln.
3. In welcher Höhe erhielten wie viele Personen aus dem in Frage 1. benannten Personenkreis samt Angehöriger bis zum 31. Dezember 2018 Sozialleistungen, inklusive Kindergeld? Bitte einzeln nach Jahr und Herkunftsland aufschlüsseln.
4. In welcher Höhe wurde bis zum 31. Dezember 2018 Kindergeld für Kinder des in Frage 1. benannten Personenkreises gezahlt, die im Ausland leben? Bitte einzeln nach Jahr und Herkunftsland aufschlüsseln.
5. Welche konkreten Maßnahmen unternehmen die Verwaltungen der Kommunen, um sicherzustellen, dass Zuwanderer inklusive ihrer Angehörigen aus dem EU-Ausland, die weder einer selbständigen noch einer nicht-selbständigen Erwerbstätigkeit nachgehen und über keine ausreichenden Existenzmittel und Krankenversicherungsschutz verfügen, kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erlangen?
6. Bei wie vielen der in Niedersachsen lebenden EU-Ausländer samt Angehörigen wurde seit dem 1. Januar 2014 gemäß § 2 Abs. 7 Freizügigkeitsgesetz/EU überprüft, ob diese Sozialhil-

¹ Vgl.: <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/nach-vergewaltigung-in-muelheim-elmar-brok-liest-kommunen-die-leviten-63206884.bild.html>; zuletzt abgerufen am 19.08.19

² Vgl.: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article131658085/So-will-die-Regierung-Sozialmissbrauch-verhindern.html>; zuletzt abgerufen am 19.08.19

feleistungen unangemessen in Anspruch genommen haben? Bitte einzeln nach Jahr und Herkunftsland aufschlüsseln.

7. Bei wie vielen der in Niedersachsen lebenden EU-Ausländer wurde seit dem 1. Januar 2014 gemäß § 2 Abs. 7 (Verwendung von ge- oder verfälschten Dokumenten oder die Vorspiegelung falscher Tatsachen) oder § 5 Abs. 4 (Entfall der Voraussetzungen für die Ausübung des Freizügigkeitsrechts) Freizügigkeitsgesetz/EU oder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung das Nichtfortbestehen des Freizügigkeitsrechts festgestellt? Bitte einzeln nach Jahr und Herkunftsland aufschlüsseln.

(Verteilt am 02.10.2019)